

gierung eine genaue Zusammenstellung der Ursachen der Teuerung veröffentlichte. Magistratsdirektor Grüner (Troppau) spricht den Wunsch aus, daß es den Gemeinden ermöglicht werde, aus den von unseren Truppen okkupierten Gebieten (Russisch-Polen) direkt und nicht bloß im Wege der Kriegsgetreideverehrungsanstalt Getreide und Mehl zu beziehen. Landtags-Abgeordneter Gschaidler (Steyr) bespricht die Holznot, die sich heute schon sehr fühlbar macht, weil es an Zugvieh fehlt, die aber im nächsten Jahre noch schwerer werden wird, wenn nicht die Regierung für Arbeitskräfte Vorsorge trifft.

Reichsrats-Abgeordneter Dr. v. Licht betont die Wichtigkeit einer ausreichenden Kreditbeschaffung für die Gemeinden zur Durchführung der wichtigen ihnen obliegenden Angelegenheiten, insbesondere der Approvisionierung. Vielleicht könnte, wie es im Deutschen Reich der Fall war, ein entsprechender Betrag aus der nächsten Kriegsanleihe reserviert werden, umso mehr als ja die Zeichnungen aus städtischen Bevölkerungskreisen stammen.

Reichsrats-Abgeordneter Bacher ersucht jene Abordnung, welche die Beschlüsse des Städtetages der Regierung übermitteln wird, insbesondere auf die dringliche Notwendigkeit einer reichlicheren Futtermittelbeschaffung hinzuweisen.

Reichsrats-Abgeordneter Denk beantragt unter Hinweis darauf, daß infolge der Aufhebung der Verzehrungssteuer für Wild in Budapest große Mengen Wild dorthin anstatt nach Wien gehen, es möge die Regierung aufgefordert werden, die Verzehrungssteuer für Wild auch in Oesterreich aufzuheben.

Nach dem Schlußworte des Herrenhausmitgliedes Braß werden die von ihm beantragte Entschliebung und alle anderen zur Teuerungsfrage gestellten Anträge einstimmig angenommen.

Nach einem Antrage des Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Jäger wird weiters eine Entschliebung einstimmig angenommen, die sich für eine wirtschaftliche Annäherung unserer Monarchie an das Deutsche Reich ausspricht.

Nach einem Bericht des Abgeordneten Dr. v. Licht, worin die Wichtigkeit der Schaffung von Kriegerheimstätten ausführlich begründet wird, wird folgender Antrag des Berichterstatters einstimmig angenommen: „Der Deutsch-österreichische Städtetag spricht sich mit allem Nachdrucke für die Schaffung eines Kriegerheimstättengesetzes im Sinne der Kriegerheimstättenbewegung im Deutschen Reiche aus und wird einer zu schaffenden Verbestelle für ein Kriegerheimstättengesetz in Oesterreich seine volle Förderung widmen.“

Landtags-Abgeordneter Dr. Jarolim (Brünn) bespricht die bedeutenden Auslagen, welche die Städte insbesondere im Zusammenhange mit der Militärbequartierung zu tragen haben.

Den letzten Bericht erstattet Abg. Kraft über „Die Organisation der deutschen Städte Oesterreichs“. Die von ihm vorgelegten Satzungen der zu gründenden Organisation werden in Gesamtabstimmung ohne Erörterung angenommen.

Bei den hierauf folgenden Wahlen in den Ausschuß der Städteorganisation werden gewählt: für Wien Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Vizebürgermeister Hierhammer und Abg. Denk; für Niederösterreich die Bürgermeister Lamuffino (Mödling), Cibner (St. Pölten) und Praschek (Wiener-Neustadt); für Oberösterreich die Bürgermeister Gschaidler (Steyr), Dr. Dinghofer (Linz) und Scholz (Wels); für Salzburg Bürgermeister Ott (Salzburg); für Tirol Abg. Kraft (Meran); für Vorarlberg Bürgermeister Dr. Kinz (Bregenz); für Steiermark Bürgermeister Drnig (Pettau) und Amtsdirektor Dr. Plochl (Graz); für Kärnten Bürgermeister Dr. v. Metnik (Klagenfurt); für Mähren Bürgermeister Ritter v. Wieser (Brünn) und Bürgermeisterstellvertreter Gustav Oberleithner (Mähr.-Schönberg); für Schlesien Bürgermeister Kudlich (Troppau); für Böhmen die Bürgermeister Hussal (Teplich), Deher (Reichenberg), Bornemann (Aussig), Storch (Komotau), Laschek (Budweis) und Rauch (Trautenau).

Hierauf brachte Vizebürgermeister Dr. Tolbt (Salzburg) in Ausführung eines Beschlusses des Salzburger Gemeinderates den Antrag ein, der Regierung sei zur Kenntnis zu bringen, daß es der einheitliche Wille und Wunsch der Gemeindevertretung der Stadt Salzburg sei, daß eine angemessene Kriegsgewinnsteuer eingeführt werde. Nachdem zu diesem Antrag mehrere Redner, darunter die Abgeordneten Kraft, Selb und Lamuffino, gesprochen hatten, wurde beschlossen, diesen Antrag dem Ausschusse zur weiteren Behandlung zuzuweisen.

Schließlich wurde noch seitens verschiedener Städtevertreter die Lage der städtischen Beamten einer Erörterung unterzogen und der Ansicht Ausdruck gegeben, daß sich die Stadtverwaltungen der bedrängten Lage der städtischen Beamtschaft in wirksamer Weise anzunehmen haben. Städtischer Amtsleiter kais. Rat Mag. Freißler (Mährisch-Schönberg) sprach in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Reichsverbandes der deutschen Bezirks- und Gemeindebeamten von Oesterreich den Städtevertretern den Dank für die Fürsorge im Interesse der Beamtschaft aus. Weiter sprach der Redner namens der Versammlung dem Abg. Kraft, dessen Tätigkeit in erster Linie die Schaffung des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs zu danken ist, den wärmsten Dank aus, wobei sich die Versammelten von den Sitzen erhoben.

Abg. Denk, der den Vorsitz übernommen hatte, schloß hierauf die Tagung mit dem Wunsche, daß die neugeschaffene Organisation die Interessen der deutschen Städte Oesterreichs stets in wirksamer Weise vertreten werde.

Nach Schluß der Tagung trat sofort der Ausschuß zusammen und wählte zum Obmann Bürgermeister Dr. Weiskirchner und in den engeren Arbeitsauschuß die Herren: Vizebürgermeister Hierhammer, die Abgeordneten Denk, Kraft, Lamuffino, Dr. Dinghofer, Amtsdirektor Plochl und die Bürgermeister Wieser, Deher, Kudlich und Laschek. Zum Obmann der Geschäftsleitung wurde Abgeordneter Kraft bestellt.